

Programm für eine bessere Zukunft

Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative WASG



1. Ein besseres Leben ist möglich, eine andere Politik ist nötig
2. Gesicherte Arbeit und gerechte Einkommen für alle, Arbeitszeit verkürzen und sozial gestalten
3. Investieren für eine bessere Zukunft, gerechte Steuern
4. Sichere Renten und soziale Krankenversicherung, Armut und Ausgrenzung verhindern, Sozialstaat stärken
5. Bildung, Ausbildung, Kultur und Wissen für alle
6. Natürliche Lebensgrundlagen bewahren, eine gerechte Weltwirtschaft, Europa demokratisch und sozial gestalten, Frieden und Abrüstung
7. Gleiche Chancen und Rechte für alle, mehr Demokratie, gegen Nazis, für eine soziale Alternative: WASG

Immer mehr Menschen in diesem Land haben Angst.

Angst um ihren Arbeitsplatz. Angst vor Armut oder Verlust ihres erreichten Wohlstands. Millionen Menschen haben keine Arbeit. Nach einem Jahr stürzen sie auf Sozialhilfeniveau: Arbeitslosengeld II.

Tagtäglich erzwingen Arbeitgeber mit der Drohung des Arbeitsplatzverlustes längere Arbeitszeiten für gleiches Geld. Die Löhne werden gedrückt. Reguläre Arbeitsplätze werden ersetzt durch Scheinselbstständigkeit oder Minijobs. Die Politik tut nichts dagegen. Im Gegenteil.

Die Politikerinnen und Politiker machen sich zu Helfershelfern der Mächtigen in der Wirtschaft. Statt die Menschen zu schützen und zu vertreten, von denen sie gewählt wurden.

Sie kürzen Renten, Arbeitslosenunterstützung und Krankenkassenleistungen. Öffentliche Dienstleistungen werden verschlechtert oder privatisiert. Private Unternehmen verdienen daran. Den Konzernen und Reichen werden die Steuern gesenkt.

Geht es nach Schröder und Clement, Fischer, Merkel, Stoiber und Westerwelle, war die »Agenda 2010« erst der Anfang. Die immer wiederkehrende Behauptung lautet: Die Globalisierung, die »Demografie« – mehr ältere Menschen – und die Staatsverschuldung zwingen zu Einschnitten in das soziale Netz und zu niedrigeren Löhnen. Doch das ist Unfug, Vorwand.

Die herrschende Politik löst die Probleme nicht, sondern macht sie nur noch schlimmer.

Nicht trotz, sondern wegen Sozialabbau und Lohndrückerei kommt die Wirtschaft nicht vom Fleck. Die Arbeitslosigkeit wird immer drückender. Die »Agenda 2010« ist nicht nur unsozial, sondern auch wirtschafts- und beschäftigungs-politisch schädlich.

Deutschland hat die wettbewerbsstärkste Wirtschaft der Welt, die weitaus höchsten Außenhandelsüberschüsse, ist Exportweltmeister. Das beweist: Die Löhne und Sozialkosten sind nicht zu hoch. Sie sind weniger gestiegen als in allen Nachbarländern.

Eine gerechtere Verteilung schafft zugleich mehr Beschäftigung.

Vier Fünftel der Beschäftigten arbeiten nicht für den Export, sondern für den inländischen Bedarf. Hier fehlt es an Kaufkraft und Aufträgen.

Löhne sind nicht nur Kosten, sondern bilden zugleich den größten Teil der Nachfrage. Sie müssen gestärkt werden. Die Unternehmen investieren ihre Gewinne nur dann in neue Arbeitsplätze, wenn sie zusätzliche Produkte auch verkaufen können.

Ein besseres Leben ist möglich!

Jahr für Jahr produzieren die Menschen mehr und bessere Produkte in der gleichen Zeit. Diese wachsende Produktivität bedeutet: Die Löhne können steigen. Die Arbeitszeit kann verkürzt werden. Der Sozialstaat kann ausgebaut werden. Doch tatsächlich scheffelt nur eine Minderheit immer größere Reichtümer.

Deutschland lebt nicht über, sondern unter seinen Möglichkeiten. Es gibt moderne Produktionsanlagen, Infrastruktur und unbeschäftigte qualifizierte Arbeitskräfte. Sie werden nicht eingesetzt, weil ihre Produkte keine Käufer finden. Weil es den Menschen an Geld fehlt und der Staat immer weiter kürzt.

Eine andere Politik ist nötig und möglich! Für eine bessere Zukunft.

Wir wollen:

- qualifizierte und angemessen bezahlte Arbeitsplätze,
- sozialen Schutz und Sicherheit,
- bessere öffentliche Leistungen, für Bildung, Gesundheit, Kultur,
- Beruf und Familie vereinbaren können,
- für das Leben arbeiten und nicht für die Arbeit leben,
- gleiche Rechte und Chancen für alle und mehr Demokratie,
- die Natur bewahren, eine gerechtere und friedliche Welt.

Unser ausführliches Programm: www.wahlalternative-asg.de

Wir wollen eine Kehrtwende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik: für Arbeit und soziale Gerechtigkeit!

Die Einkommen müssen zumindest im Gleichschritt mit den Preisen und den wachsenden Produktionsmöglichkeiten steigen. Das heißt: Jahr für Jahr mindestens drei Prozent mehr je Stunde. Nur dann entsteht genügend Kaufkraft für mehr Arbeitsplätze.

Wir wollen besseren Schutz für die Beschäftigten.

Wir wollen verhindern, dass immer mehr Menschen zu Löhnen beschäftigt werden, von denen sie nicht leben können. Befristete Beschäftigung und Leiharbeit müssen wieder zur Ausnahme werden statt immer mehr zur Regel. Den Kündigungsschutz wollen wir verbessern, statt immer weiter abbauen.

Arbeit muss sich lohnen – für alle! Deshalb fordern wir einen Mindestlohn von 1.500 Euro im Monat, neun Euro die Stunde.

Einzel sind die Beschäftigten der Übermacht der Arbeitgeber ausgeliefert. Sie werden gegeneinander ausgespielt. Dagegen helfen nur Tarifverträge, die sie gemeinsam, organisiert in Gewerkschaften, durchsetzen. Doch immer mehr Arbeitgeber halten sich nicht daran.

Tarifverträge schützen. Sie müssen gestärkt werden!

Gesetze und Tarifverträge müssen auch da eingehalten werden, wo auswärtige Arbeitskräfte eingesetzt werden. Ein Entsendegesetz muss für alle Branchen vorschreiben, dass die Standards des Arbeitsortes gelten. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifverträge einhalten.

Immer mehr Unternehmen versuchen, längere Arbeitszeit bei gleichem Lohn durchzusetzen. Das ist Lohnsenkung. Die Konkurrenz versucht dann das Gleiche. Im Endeffekt gewinnt niemand. Aber alle Beschäftigten verlieren und es gibt noch mehr Arbeitslose.

Gegen die Arbeitslosigkeit brauchen wir kräftige Arbeitszeitverkürzungen, in Richtung 30-Stunden-Woche.

Mit mehr Wachstum allein wird die Arbeitslosigkeit nicht zu beseitigen sein. Das wäre auch ökologisch kaum verkraftbar. Für die gleiche Produktion wird immer weniger Arbeit benötigt. Die Arbeitszeit kann daher verkürzt werden, ohne dass die Löhne sinken.

Wir wollen mehr Selbstbestimmung der Beschäftigten über die Verteilung ihrer Arbeitszeit.

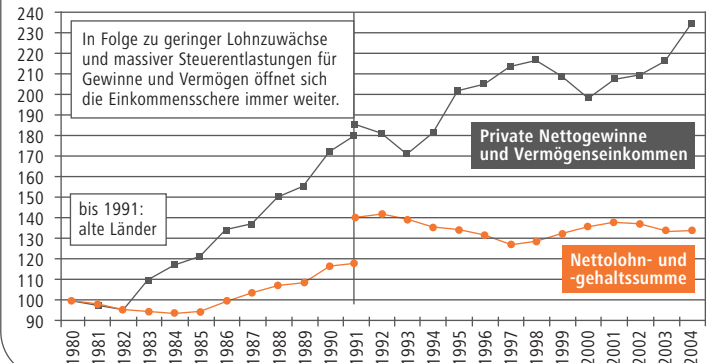
Die Menschen brauchen mehr freie Zeit, um sich zu erholen, für die Familie, Freundinnen und Freunde oder Hobbys. Wir haben ein Recht auf Feierabend und auf gemeinsame Freizeit am Wochenende.

Wir wollen eine Reform des Arbeitszeitgesetzes.

- Die regelmäßige Wochenarbeitszeit darf höchstens 40 Std. betragen.
- Überstunden müssen stärker begrenzt werden.
- Arbeitszeitkonten müssen geregelt und abgesichert werden.
- Eltern brauchen ein Recht auf zusätzliche Arbeitszeitverkürzung.
- Der Ladenschluss muss bundeseinheitlich erhalten bleiben.

Fortschreitende Umverteilung von unten nach oben

Entwicklung der Nettoeinkommen (preisbereinigt)



Mehr Infos: www.igmetall.de, www.verdi.de

Arbeit ist genug da. Für eine bessere Zukunft.

Schulen und Hochschulen müssen erneuert und ausgebaut werden. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen wir viel mehr Tageseinrichtungen für Kinder und Ganztagschulen. Alten- und Pflegeheime brauchen mehr Personal. Freizeit-, Kultur- und Sportangebote müssen verbessert werden, insbesondere für Jugendliche.

Der öffentliche Personenverkehr muss ausgebaut, Straßen und Kanalisation müssen erneuert werden. Gebäude brauchen eine bessere Wärmedämmung. Die Energieversorgung muss auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden. In die Forschung muss mehr investiert werden.

Wir fordern ein großes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und den Ausbau öffentlicher und sozialer Dienstleistungen.

Damit schaffen wir mehr als eine Millionen zusätzliche Arbeitsplätze – zu tariflichen Bedingungen und mit voller sozialer Absicherung. Im öffentlichen Dienst, in unabhängigen gemeinnützigen Einrichtungen und Organisationen, und in allen Bereichen der Wirtschaft. Denn mehr öffentliche Investitionen bedeuten Aufträge für die Unternehmen und Einkommen für Millionen.

So schaffen wir sozial und ökologisch sinnvolles, qualitatives Wachstum. Auch in Ostdeutschland!

Nur im Zusammenwirken eines Zukunftsinvestitionsprogramms mit gezielter Förderung kann es in Ostdeutschland wieder einen Aufschwung geben. Lohn-dumping und die Unterbietung von Sozial- und Umweltstandards lehnen wir ab. Damit würde der Osten zu einer Armutsregion ohne Zukunft.

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Die Finanzkrise des Staates liegt nicht an übermäßig gestiegenen Ausgaben. Der Anteil der öffentlichen und sozialen Ausgaben am Nationaleinkommen ist nicht höher als vor 30 Jahren. Trotz der hohen Kosten durch die gestiegene Arbeitslosigkeit und die deutsche Vereinigung.

Große Unternehmen und Reiche müssen wieder mehr Steuern zahlen.

Für mehr Arbeitsplätze und die Sicherung des Sozialstaats braucht der Staat Geld. Durch mehr Wachstum und Beschäftigung in Folge unseres Zukunftsprogramms erzielen wir höhere Einnahmen. Nur durch höhere Einnahmen kann auch die Verschuldung sozial gerecht abgebaut werden. Sozialkürzungen und die Verschönerung öffentlichen Eigentums lehnen wir ab.

Lägen die Steuereinnahmen noch so hoch wie im Jahr 2000, hätte der Staat über 60 Milliarden Euro jährlich mehr zur Verfügung. Der Anteil der Steuern auf Gewinne und Vermögenseinkommen hat sich in den letzten 25 Jahren halbiert. Immer mehr finanzieren die abhängig Beschäftigten den Staat. Mit gerechten Steuern können wir unser Programm finanzieren.

Wir wollen gerechte Steuern.

- Konzerne und andere profitable Unternehmen müssen wieder deutlich mehr Steuern zahlen.
- Steuerschlupflöcher für Vermögende und Großverdiener müssen geschlossen werden. Spekulationsgewinne müssen versteuert und Steuerhinterziehung muss wirksamer bekämpft werden.
- Der Spitzensteuersatz muss auf mindestens 47 Prozent angehoben werden, Gering- und Normalverdienende dagegen müssen entlastet werden.
- Eine Vermögenssteuer und höhere Erbschaftsteuern für Reiche.



Mehr Infos: www.memo.uni-bremen.de, www.wipo.verdi.de

Die herrschende Politik bekämpft nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen.

Die »Hartz-Gesetze« zwingen Arbeitslose, fast jeden Job anzunehmen. Auch wenn er noch so weit weg oder schlecht bezahlt ist. Nach einem Jahr sinkt die Arbeitslosenunterstützung auf Sozialhilfeniveau. Viele bekommen gar nichts mehr. Dadurch werden auch die Beschäftigten noch erpressbarer.

Wir wollen Erwerbslose solidarisch absichern. Die Verschlechterungen durch die »Hartz-Gesetze« müssen zurückgenommen werden.

Wer viele Jahre Beiträge gezahlt hat, muss länger als ein Jahr Arbeitslosengeld bekommen. Danach muss wieder Arbeitslosenhilfe gezahlt werden. Jobangebote müssen die Qualifikation berücksichtigen und tariflich bezahlt sein. Wir wollen Qualifizierung und öffentlich finanzierte Beschäftigung auf tarifvertraglicher Basis. Keine Ein- oder Zwei-Euro-Jobs, durch die zudem reguläre Stellen verdrängt werden.

Wir wollen sichere und auskömmliche Renten. Keine Rentenkürzungen.

Wer jahrzehntelang in die Rentenkassen eingezahlt hat, muss eine Rente erhalten, die den Lebensstandard erhält. Die Renten müssen wieder im Gleichschritt mit den Löhnen erhöht werden. Zukünftige Belastungen müssen solidarisch von allen bewältigt werden, nicht einseitig durch Rentenkürzungen.

Wir wollen, dass die Menschen auch künftig spätestens mit 65 Jahren in Rente gehen können.

Millionen Ältere sind arbeitslos oder gesundheitlich am Ende. Eine Erhöhung der Altersgrenze bedeutet noch mehr Arbeitslose sowie Rentenkürzung für diejenigen, die nicht solange durchhalten können.

Wir wollen eine bedarfsgerechte Mindestsicherung bei Erwerbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und im Alter.

Sie muss deutlich höher als die heutige Sozialhilfe sein. Niemand darf in die Armut fallen. Auch nicht Frauen oder Männer, die Kinder erzogen haben, län-

gere Zeit erwerbslos waren oder nur niedrige Löhne hatten und die deshalb nur geringe Beiträge gezahlt haben.

Wir wollen ein hochwertiges und soziales Gesundheitswesen und eine menschenwürdige Pflege.

Eintrittsgeld beim Arzt, immer mehr Medizin muss selbst bezahlt werden. Zahnersatz und Krankengeld müssen auf eigene Kosten versichert werden. Viele Kranke, Alte und Menschen mit geringem Einkommen können sich das kaum leisten. Wer arm ist oder hart arbeiten muss, stirbt früher.

Wir wollen, dass alle medizinisch notwendigen Leistungen von der Krankenversicherung bezahlt werden. Die Lage behinderter Menschen wollen wir verbessern. Wir bekämpfen Verschwendung und überhöhte Profite der Pharmakonzerne. Die Zusammenarbeit zwischen den Ärzten und Krankenhäusern muss verbessert werden.

Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung. Für alle.

Alle Menschen, auch Beamte, Selbstständige und Besserverdienende sollen sozial versichert sein. Wer mehr Einkommen hat, muss höhere Beiträge zahlen. Niemand kann sich heraushehlen, wenn er viel verdient. Die Arbeitgeber müssen wieder die Hälfte der Beiträge zahlen.

Wir wollen den Sozialstaat stärken, statt ihn zu demontieren.

Die Finanzprobleme der Sozialversicherungen sind Folge der hohen Arbeitslosigkeit, der geringen Lohn- und damit Beitragszuwächse sowie der Zunahme unversicherter Arbeit. Die herrschende Politik vergrößert diese Probleme. Sie entlastet die Arbeitgeber und wälzt die Kosten auf die Einzelnen ab. Wir brauchen eine andere Politik. Dann ist der Sozialstaat auch in Zukunft finanzierbar.

Mehr Infos: www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik,
www.sozialpolitik-aktuell.de, www.erwerbslos.de

Wir wollen eine gute Bildung und Ausbildung für alle Kinder.

Doch PISA hat gezeigt: die Leistungen unserer Schulen sind mäßig, die soziale Auslese ist extrem. Wir wollen gemeinsame Förderung statt Auslese, ein Bildungswesen ohne Sackgassen und soziale Schranken. Wir brauchen mehr Personal und eine bessere Ausstattung für Kitas, Schulen und Hochschulen.

Wir wollen bedarfsdeckend Ganztagschulen und Tageseinrichtungen für Kinder mit kleineren Klassen und Gruppen.

So können Frauen und Männer Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren. Bildung ist eine öffentliche Aufgabe und muss aus Steuermitteln bezahlt werden. Wir wollen volle Lernmittelfreiheit. Bildung soll umfassende Kompetenzen und Demokratie vermitteln und die Persönlichkeitsbildung fördern.

Wir wollen qualifizierte Ausbildungsangebote für alle Jugendlichen. Wer nicht ausbildet, muss zahlen!

Viele ausbildungsfähige Betriebe bilden nicht aus. Jahr für Jahr gehen zigtausende Jugendliche leer aus oder werden in Warteschleifen abgeschoben – auf Kosten der Allgemeinheit.

Deshalb brauchen wir eine Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung. Für ein flächendeckendes und auswahlfähiges Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen und für eine gerechte Verteilung von Ausbildungskosten.

Wir wollen den Ausbau der Hochschulen und keine Studiengebühren.

Die Hochschulen in Deutschland brauchen mehr Geld und Personal. Sie sind völlig überlastet. Trotzdem studieren im internationalen Vergleich zu wenige Kinder einkommensschwacher Eltern haben kaum eine Chance. Die meisten Studierenden müssen nebenbei jobben. Wir fordern eine ausreichende Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtung. Diejenigen, die später viel verdienen, sollen ordentlich Steuern zahlen und so ihren Beitrag zur Finanzierung leisten.

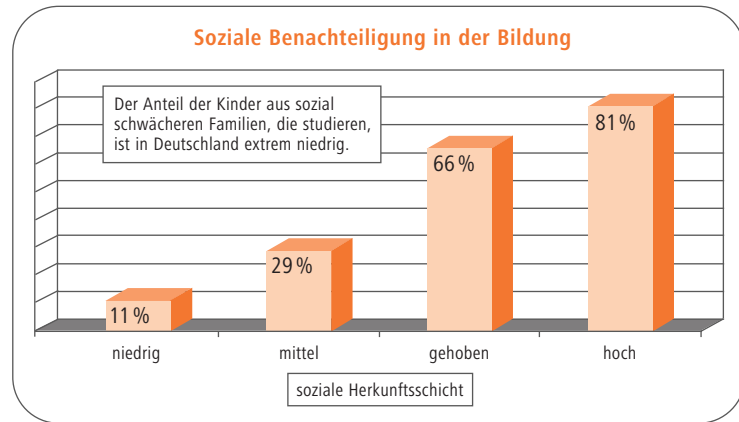
Wir wollen ein öffentliches und demokratisches Bildungswesen und keine Privatisierung der Bildung.

Immer mehr sind Hochschulen und Forschungseinrichtungen von Geldgebern aus der Wirtschaft abhängig. Wer zahlt, bestimmt. Kritische Inhalte und selbstbestimmtes Lernen bleiben auf der Strecke. Wir wollen Wissenschaft für die ganze Gesellschaft, nicht nur für die Unternehmen.

Wir wollen freien Zugang zu Informationen und die Beschränkung privater Medienmacht.

Wir wollen, dass Daten und Texte für Bildung und Wissenschaft, für politische und gemeinnützige Tätigkeiten allgemein, frei und unentgeltlich zugänglich sind. Die Einzelnen haben ein Recht auf Auskunft über die personenbezogenen Daten, die über sie erhoben wurden.

Wir wenden uns gegen Patente auf Gene von Menschen und anderen Lebewesen. Wir setzen uns für die Förderung freier Software ein und gegen Patente auf Software. Wir wollen die Stellung der Urheberinnen und Urheber gegenüber den Medienunternehmen stärken.



Mehr Infos: www.gew.de, www.jugend.igmetall.de, www.verdi-jugend.de, www.studis.de, www.attac.de/wissensallmende

Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren.

Wir wollen, dass auch unsere Kindeskiner noch eine gesunde natürliche Umwelt vorfinden. Doch die kapitalistische Wirtschaft ist nicht nur den Menschen, sondern auch der Natur gegenüber rücksichtslos. Besonders drastisch zeigt sich das in den ärmeren Ländern der Erde.

Wir müssen den Verbrauch von Rohstoffen und Energie und den Ausstoß von Schadstoffen in den kommenden Jahrzehnten drastisch vermindern. Die Wirtschaft der Zukunft muss auf der Nutzung der Sonne und anderer erneuerbarer Energien und Rohstoffe beruhen. Atomenergie ist unverantwortlich.

Wir wollen mit öffentlichen und privaten Investitionen den ökologischen Umbau voranbringen. Mit ökologischen Steuern wollen wir Anreize setzen.

Damit schaffen wir zugleich mehr Beschäftigung. Wir wollen mehr Güter von der Straße auf die Schiene bringen und den öffentlichen Personenverkehr stärken – nicht nur auf Hauptstrecken, sondern auch in der Fläche.

Wir wollen den Verbraucherschutz und die ökologische Landwirtschaft sowie den Tierschutz stärken.

Genmanipulierte Lebensmittel lehnen wir ab. Der Hunger in der Welt ist kein Problem zu geringer Möglichkeiten der Nahrungsproduktion, sondern eines der Verteilung.

Die Konzerne missbrauchen die Globalisierung und die billigeren Arbeitskräfte in ärmeren Ländern als Druckmittel, um weltweit Löhne und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Dagegen wehren wir uns.

Wir wollen eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Weltweit müssen soziale und ökologische Mindeststandards eingehalten werden.

Die Weltwirtschaft und besonders die Finanzmärkte müssen sozial geregelt werden. Wir setzen uns für eine Steuer auf Devisenspekulation (Tobin-Steuer) und für den Kampf gegen Steueroasen ein. Arme Länder müssen entschuldet und die Entwicklungshilfe muss gemäß den Verpflichtungen der Vereinten Nationen erhöht werden.

Der Welthandel muss so reguliert werden, dass er den Menschen zugute kommt und nicht nur den internationalen Konzernen und dem Finanzkapital. Wir lehnen die geplante Liberalisierung des Dienstleistungshandels durch das GATS-Abkommen und die EU-Dienstleistungsrichtlinie ab. Wir wollen Mitbestimmung der Beschäftigten auch in internationalen Konzernen.

Wir wollen ein soziales, demokratisches und friedliches Europa. Ein Europa der Menschen statt ein Europa der Märkte!

Unter dem Mantel des Wettbewerbs und der Stabilität werden in der EU Privatisierung und eine Politik zugunsten des Kapitals vorangetrieben. Das muss sich ändern. Vollbeschäftigung und soziale Rechte müssen Vorrang vor Wirtschaftsinteressen bekommen. Wir fordern ein gemeinsames europäisches Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit und Umwelt.

Der Europäische Verfassungsentwurf schreibt eine kapitalorientierte, neoliberale Wirtschaftspolitik sowie weitere Aufrüstung fest. Wir lehnen ihn deswegen ab und fordern eine Volksabstimmung. Die EU muss grundlegend demokratisiert und das Europäische Parlament gestärkt werden.

Wir wollen Frieden und Abrüstung!

Wir wollen, dass Außenpolitik Friedenspolitik ist. Wir lehnen die Aufrüstung der NATO und der Bundeswehr ab. Sie dürfen nicht für die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen oder für einen »Krieg gegen den Terrorismus« eingesetzt werden. Wir wenden uns gegen jegliche Unterstützung von Kriegseinsätzen der USA oder anderer Länder im Irak oder anderswo.

Wir wollen die Vereinten Nationen stärken und setzen uns für internationale Abkommen zur Abrüstung ein. Wir fordern ein weltweites Verbot des Einsatzes und der Produktion von Massenvernichtungswaffen sowie der militärischen Nutzung des Weltraums.

Mehr Infos: www.attac.de, www.friedenskooperative.de, www.friedensratschlag.de

Wir wollen gleiche Chancen für Frauen und Männer.

Frauen und Männer brauchen vollwertige Erwerbsarbeitsplätze und ein eigenständiges Einkommen. Wir treten für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und für ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft ein. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter.

Wir wollen die Grundrechte sichern und Diskriminierung bekämpfen.

Wir verteidigen die demokratischen Freiheitsrechte und wenden uns gegen einen Überwachungsstaat. Den Abbau von Grundrechten unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung lehnen wir entschieden ab. Wir wollen gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder nationalen Herkunft, von Geschlecht oder sexueller Orientierung. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit haben in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz.

Wir wollen Flüchtlinge schützen und Eingewanderte integrieren.

Wir sind gegen Sondergesetze, Abschiebehaft und Schikane. Alle längerfristig hier lebenden Menschen müssen gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte genießen. Wir wollen unentgeltliche Sprachkurse für alle Eingewanderten.

Wir wollen mehr Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft.

In allen Lebensbereichen, Schulen und Hochschulen, Pflege- oder Freizeiteinrichtungen, müssen die Beteiligten demokratisch mitbestimmen können. Wir wollen das Recht auf politischen Streik und Generalstreik, wie in den meisten Ländern Europas üblich.

In der Politik wollen wir größere Möglichkeiten für direkte demokratische Einflussnahme, für Volksbegehren und Volksentscheide auf allen Ebenen schaffen. Die politische Elite hat sich weit von der Bevölkerung entfernt. Wir sind dagegen, dass Trägerinnen und Träger politischer Ämter oder Mandate bezahlte Nebentätigkeiten ausüben.

Wir fordern die Demokratisierung der Wirtschaft. Privatisierung lehnen wir ab.

Wir setzen uns für den Ausbau der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften in den Unternehmen ein. Auch bei der Wirtschaftspolitik müssen die Gewerkschaften ebenso wie die Sozial-, Umwelt- und Verbraucherverbände mitbestimmen.

Wir wollen den öffentlichen Sektor sowie genossenschaftliche und gemeinnützige Betriebe stärken. Die Privatisierung öffentlicher Betriebe und Dienstleistungen lehnen wir ab. Dadurch werden demokratische und soziale Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten privater Profite aufgegeben.

Wir ergreifen Partei für die Arbeitenden und die Benachteiligten.

Wir wollen den Interessen der abhängig Arbeitenden und sozial Benachteiligten wieder eine Stimme in Politik und Parlament verschaffen und Partner sozialer und demokratischer Bewegungen sein. Wir streben ein breites Bündnis mit allen Menschen an, die mit uns in dem Gedanken geeint sind – eine andere Politik ist möglich und machbar.

Wir streiten gegen Nazis und lehnen jede Zusammenarbeit mit neonazistischen und anderen rechtsgerichteten Gruppierungen entschieden ab.

Wir machen Druck für eine soziale Alternative.

Wir sind die Opposition gegen ungerechte Politik. Wir kämpfen für einen grundlegenden Politikwechsel. Eine solidarische Gesellschaft ist möglich, wenn die Interessen von Millionen mehr zählen als die der Millionäre, wenn die Menschen bestimmen und nicht das Kapital.



Der WASG beitreten und spenden!

Wir brauchen Mitglieder, Unterstützerinnen und Unterstützer!

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Partei »Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative«:

Persönliche Daten

Vorname

Name

Straße

PLZ / Ort

Geburtsdatum

Staatsangehörigkeit

Telefon

e-Mail-Adresse

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie besonderer Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG, z.B. politische Meinungen, religiöse, philosophische Überzeugungen usw.) einverstanden.

Ort, Datum, Unterschrift

Bitte den unterschriebenen Antrag senden an:
Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative,
Königswarter Straße 16, 90762 Fürth,
Fax 0911 78073-11
www.wahlalternative-asg.de

Beschäftigungsdaten

ich bin

- | | |
|---|-------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> erwerbstätig | <input type="checkbox"/> erwerbslos |
| <input type="checkbox"/> nicht erwerbstätig | <input type="checkbox"/> Rentner/in |
| <input type="checkbox"/> Schüler/in | <input type="checkbox"/> Student/in |

Mtl. Parteibeitrag (1% vom Einkommen, mind. 1 Euro)

Zahlung

- | | |
|---------------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> vierteljährlich |
| <input type="checkbox"/> halbjährlich | <input type="checkbox"/> jährlich |

Zahlungsweise

 (Bankverbindung siehe unten)

- | | |
|--------------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> Überweisung | <input type="checkbox"/> Lastschrift (bitte Einzugsermächtigung ausfüllen) |
|--------------------------------------|--|

Hiermit ermächtige ich widerruflich die Partei »Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative«, den jeweils von mir zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von meinem/unserem Konto einzuziehen.

Name der Bank

Bankleitzahl, Kontonummer

Ort, Datum, Unterschrift

Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Richtigkeit der erfassten Daten über meine Person. Die Partei »Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« speichert, verarbeitet und nutzt diese Daten mit Hilfe von Computern (elektronisch) ausschließlich zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben.

Ort, Datum, Unterschrift

Wir brauchen Geld!

Anders als die etablierten Parteien haben wir keine reichen Sponsoren und auch noch kein Geld aus der staatlichen Parteifinanzierung. Wir sind dringend auf Spenden und Beiträge angewiesen. Parteispenden und Beiträge werden bis zu 825 / 1.650 Euro (Ledige/Ehegatten) jährlich zur Hälfte bei der Steuererklärung erstattet. Darüber hinaus gehende Beträge können als Sonderausgaben abgesetzt werden. Bitte spenden Sie an:

Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative

Konto 457 700 000, BLZ 760 800 40 (Dresdner Bank Nürnberg)